

Archiv

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

3. DEZ. 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XVIII 229

Bonn, den 3. Dezember 1963

Nir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Das JA zum Mansholt-Plan im Europäischen Parlament 65

Vor einem neuen Koalitionsstreit in Bonn ?

Von Egon C. Heinrich,

Assistent für Europafragen bei der SPD-Bundestagsfraktion

2 Was heißt hier "unter Druck" ? 35

Erhard und die Kriegsoffer

3 - 4 Gedanken an Carlo Kicrendorff 97

Im Bombenhagel angekommen am 4. Dezember 1943

Lebensweg eines deutschen Sozialdemokraten

Von Fritz Sänger, MdB

5 "Brot für die Welt" 47

Nahrungsmittelerzeugung hält nicht Schritt mit Bevölkerungszuwachs

Von Bruno Kuster, Genf

6 Zeitungsrevolution in Dänemark 42

Unschichtungsproze in Richtung Konzentration

Chefredakteur Günter Markscheffel

Das JA zum Mansholt-Plan im Europäischen Parlament

Vor einem neuen Koalitionsstreit in Bonn ?

Von Egon C. Heinrich

Mitte November versammelten sich im Straßburger Europa-Haus 500 Delegierte der Bauernverbände in der EWG; zu dem Getreidepreisvorschlag des EWG-Vizepräsidenten Mansholt sagten sie weder ein klares JA, noch ein klares NEIN. Zehn Tage später kamen im gleichen Raum die 142 Abgeordneten des Europäischen Parlaments zusammen; sie stimmten mit großer Mehrheit der Einführung eines einheitlichen Getreidepreisniveaus vom 1. Juli 1964 ab zu. Bei sechs Gegenstimmen deutscher CDU- und FDP-Abgeordneter und einer italienischen Stimmenthaltung wurde von allen Fraktionen eine Entschliessung angenommen, in der die Angleichung der Getreidepreise "in einem Zug" als entscheidende Etappe zur Integration Europas bezeichnet wird. Der einheitliche Getreidepreis - so wurde in der Begründung zu seiner Zustimmung erklärt - werde sehr schnell zu einem wirklichen gemeinsamen Markt führen und eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der Kennedy-Runde sein. Ausgleichsmaßnahmen für die betroffenen Bauern seien jedoch unerlässlich.

Nun sind die Beschlüsse des Europäischen Parlaments weder für die nationalen Regierungen noch für den Ministerrat oder die EWG-Kommission bindend. Dem JA zum Mansholt-Plan kommt aber trotzdem weit mehr als deklaratorische Bedeutung zu. Der Beschluß stärkt nicht nur der EWG-Kommission den Rücken für die am 16. Dezember im Ministerrat beginnenden Verhandlungen; er hat darüber hinaus großes politisches Gewicht. Denn während sich bis jetzt noch keine der sechs EWG-Regierungen definitiv zum Mansholt-Plan geäußert hat, liegt mit dem Straßburger Beschluß eine maßgebende positive Stellungnahme vor. Das Parlament hat in der vergangenen Woche seinen Beinamen "europäisch" alle Ehre gemacht und politische Initiative gezeigt. Mansholt sieht in dem gemeinsamen Getreidepreis nicht umsonst den Motor für die weitere Integrationspolitik.

Gleichermassen versteht sich, daß die Wettbewerbsverzerrungen beseitigt werden müssen; aber gerade dafür kann die Zustimmung zur Preisangleichung zum politischen Hebel gemacht werden.

Die Bundesregierung wird nicht daran vorbeigehen können, daß die überwiegende Mehrheit der in Straßburg vertretenen Koalitionsabgeordneter den Mansholt-Plan akzeptierte. Sie stellen sich damit in Gegensatz zu Landwirtschaftsminister Schwarz, zum CDU-Geschäftsführer Dufner sowie vor allem zu der Meinung des Deutschen Bauernverbandes. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß der CSU-Abgeordnete **L ü c k e r** Direktor des Bayerischen Bauernverbandes - den Getreidepreisvorschlag der EWG-Kommission im Namen der Christlich-Demokratischen Fraktion **b e i h i t e**, während der CDU-Abgeordnete **K i n k e r** führendes Mitglied im Bauernverband Schleswig-Holstein - den Vorschlag kategorisch **a b l e h n t**. Nach Meinung Lückers macht der Plan der EWG-Kommission mit der Salami-Taktik jährlicher Preissteigerungen und Einkommenseinbußen ohne Gegenleistung ein Ende. Den Bauern müsse möglichst bald gesagt werden, wohin der Weg einer gemeinsamen Agrarpolitik führe.

Bahnt sich hier ein neuer Koalitionsstreit wie in der Kriegsofferfrage an? Oder wird es der Bundeskanzler auch gegenüber dem

Bauernverband ablehnen, "unter Druck" zu verhandeln? Und wird er seine bisherigen Bekanntschaften zu einer weltweiten Handelsliberalisierung vorwirklichen? Der Mansholt-Plan ist sicherlich nicht unantastbar, aber seine Annahme oder Ablehnung durch die sechs Regierungen entscheidet maßgebend über Erfolg oder Mißerfolg der im Frühjahr 1964 beginnenden Zollverhandlungen im Rahmen des GATT. So ist daher leicht vorzugemessen, daß ein EWG-Partner dem anderen den schwarzen Peter zuschieben wird.

Indessen darf man gespannt sein, ob die Abgeordneten der Bonner Regierungsparteien die im Europäischen Parlament den Mansholt-Plan unterstützen in Bonn die gleiche Meinung vertreten werden. Man hat schon oft genug erlebt, daß SPD-Abgeordnete ihre in Straßburg gezeigte europäische Gesinnung an der Garderobe des Bundeshauses abgegeben haben.

Was heißt hier "unter Druck" ?

Erhard und die Kriegsoffiziere

Seit Tagen verkündet Bundeskanzler Erhard, er werde und wolle mit den Kriegsoffizierverbänden nicht "unter Druck" verhandeln. Aus der Umgebung des Kanzlers verlautet, Erhard sei entschlossen, "ein Kompromiß zu stabilisieren"; er wolle "endlich Schluß machen" mit der Einflußnahme von "Interessengruppen" auf die Gesetzgebung. Am 2. November 1963 tönte der Geschäftsführer der CDU-Vorsitzende Daffner in der Bonner Posthofenküche, die CDU werde sich "gegen Interessengruppen und Kommunisten" zur Wehr setzen. War schon diese Bemerkung des Herrn Daffner ein recht eigenartiger Gedankensprung, so ist das Verhalten des Bundeskanzlers ausgerechnet gegenüber den Kriegsoffizierverbänden mehr als unbedenklich. Ein Verband - mag einem seine Existenz gefallen oder nicht ist in einem demokratischen Staat eine legitim verankerte und organisierte Gruppe von Menschen, die sich nicht nur zusammenschließen dürfen sondern auch öffentlich gemeinsame Interessen vertreten wollen. Hierbei kann es sich um reine Berufsinteressen handeln oder um soziale Anliegen, die im übertragenen Sinne meist nicht nur die Anhänger oder Mitglieder der betreffenden Gruppe angehen. Im Falle der Kriegsoffiziere ist dies ganz deutlich. Sie haben nicht nur einen moralischen, sondern auch einen juristisch gerechtfertigten Anspruch auf eine gerechte Entschädigung für Opfer, die sie für das ganze Volk gebracht haben. Regierung, Parlament und politische Parteien haben seit Jahren den sachverständigen Rat dieser Verbände bei der Vorbereitung von Gesetzen gesucht und gefunden. Umgekehrt wurden von der Regierungspartei in der Vergangenheit gerade den Kriegsoffizieren handfeste Versprechungen gemacht, an deren Einlösung es jetzt geht. Wenn nun die Regierung und ihr Chef eine Demonstration verbünden mit dem Appell an die Einlösung von Versprechen als "Druck" bezeichnen, dann scheint man sich nicht darüber im Klaren zu sein, daß sich in demokratischen Staat auf alle Fälle in denen die Elemente reiben müssen, wenn das die Demokratie auszeichnende pulsierende Leben seinen Ausdruck finden soll. Ein Ausweichen vor der offenen Auseinandersetzung mit denjenigen, die ihr Recht kämpfen und die Einlösung von Versprechen fordern, tötet auf die Dauer die Mitverantwortlichkeit der Staatsbürger für den demokratischen Staat.

Gedenken an Carlo Mierendorff

Im Bombenhagel umgekommen am 4. Dezember 1943

Von Fritz Sänger, MdB

Vor zwanzig Jahren, in der Nacht vom 3. zum 4. Dezember 1943, endete das Leben von Dr. Carlo Mierendorff unter Bomben, die bei einem Luftangriff auf Leipzig fielen. Die deutschen Sozialdemokraten, das deutsche Volk, waren um eine große Hoffnung ärmer geworden. "Denn Carlo Mierendorff und Deutschland, das ist fast dasselbe", so sagte Carl Zuckmayer ein Jahr später auf der Gedankfeier für den toten Freund am 2. März 1944 in New York. Das Wort gilt und es gilt auch, was ein anderer seiner vielen Freunde ihm in einer heimlichen Gedonkstunde in Berlin wenige Tage nach dem Tode nachrief: "Ja, Carlo war im Wesen und Wollen Sozialdemokrat. Er wußte, daß unsere Partei in unseren Jahrzehnten vor anderen Aufgaben steht als in früheren ihr gestellt waren, daß neue Methoden zu verwenden sein werden, wie jede Generation ihre Zeit zu erfüllen hat."

Im Januar 1936 war Carlo Mierendorff aus den Konzentrationslagern entlassen worden. Im Juni 1933 hatte man ihn verhaftet. Als er herauskam, körperlich ungebrochen, im Innern aber tief verletzt, gewann er seinen Mut, seine Sicherheit und seinen unbändigen Willen schnell zurück. "Dieser Dreck geht auch zuende. Aber dann ...!" Das dicke Haar war von grauen Fäden durchzogen. Aber die Augen waren hell und leuchteten wie stets. Das Mundwerk ging dreist und frech, wie die Freunde ihn kannten. So saß er unter uns und wußte schon wieder ganz genau, was zu tun war.

Diese Sozialdemokratische Partei hatte es fertiggebracht, die Ideologien, von denen die Massen im 19. Jahrhundert beeindruckt waren, in politische Kunze umzuwandeln. Mierendorff nannte das die groartigste Leistung, die je eine politische Bewegung in Deutschland vollbracht hatte. Diese Partei, so sagte er damals, bekommt es auch fertig, die Massen, die unter dem Kaiser nur "Volk ohne Verantwortung" waren, zu bewußten Trägern des Staates zu machen. Sie wird den Staat tragen und der Staat muß ihr Staat werden: Volksstaat, Rechtsstaat, Sozialstaat. Als der Krieg begann, ein Jahr darauf, war Mierendorff, der in ersten Weltkrieg als Freiwilliger eingetreten und vier Jahre an der Front war, davon überzeugt, daß nach diesem zweiten Weltkrieg Deutschland am Boden liegen werde, zerstückelt, nicht mehr vorhanden. Dennoch! Mit einem Mut und einer Glubsigkeit, die oft unwirklich erschienen, wußte er: Deutschland muß wieder erstehen, ein freies, gesundes Deutschland und es mußte ein Teil eines vereinigten Europas werden. Gesund und frei - bei Mierendorff hieß das: wer Hitler zur Macht geholfen hatte, der durfte nichts mehr zu sagen haben. Diese Leute und ihresgleichen seien Träger des tödlichen Keimes, der wie ein Gift im Körper des deutschen Volkes vorhanden sei und nur gedeihe, wenn unverantwortliche Elemente aus Herrschsucht, uberheblichkeit und miverstandenem Patriotismus die Macht hatten. Freiheit und Recht könnten sich niemals ausbreiten, wenn solche Kräfte wieder die Führung bekommen würden.

Deutschland, Europa, Freiheit und Recht - das waren die Leitgedanken der politischen Konzeption Mierendorffs. Die deutsch-französische Versandigung in jener Zeit, eine schwere Aufgabe, erschien ihm als einer der ersten Schritte. Die Zugehörigkeit zum Westen war selbstverständlich, aber sie mußte ergänzt werden durch eine offene und redliche Haltung gegenüber dem Osten. In der Partei glaubte er, daß der Weg der

Jugend richtig sei: eine neue Sprache sprecher, sichtbare Symbole errichten (die drei Pfeile waren seine Idee), kräftige Führung entwickeln, Repräsentation nicht scheuen. Er war ein leidenschaftlicher Verfechter des Primats der Politik: Verwaltung, für alle Fälle auch die Reichswehr, können nur Werkzeuge der Staatspolitik sein. Rücksichtslos gegen die Feinde der wirklichen, inneren Demokratie sollte das neue Deutschland sein, und eine starke Exekutive müsse es haben, "die sogar die Bürokratie beherrscht - das wird ein deutsches Wunder!" Sein fröhlicher Optimismus brach bei solcher Formulierung ungehemmt durch. Aber eine skeptische Intelligenz zügelte ihn.

Carlo Mierendorff war kaum heraus aus dem "viereinhalbjährigen Konstanten-Kordversuch", wie Carl Zuckmayer die grausame Zeit in den Konzentrationslagern genannt hat, da ging die Diskussion auch schon los. Das Gespräch, die Auseinandersetzung, die temperamentvolle Gegenrede, das waren seine Elemente. 1897 war Carlo Mierendorff in Darmstadt geboren. 17jährig ging er in den Krieg, 1919 studierte er und bald darauf erschien "Das Tribunal", eine kritische Monatsschrift zur gepfefferten und humorigen Diskussion der Zeitfragen, von Carlo Mierendorff ins Leben gerufen und geleitet. Im "Zwiebelfisch", den Max Krell herausgab, erschien das "Deutsche National-Presse-Panoptikum" von Vielgeschrey, ein Pseudonym für C.M., mit dem unwiderbringlich originelle Darstellungen veröffentlicht wurden. Einige Titel: "Dolch, der der Front in den Rücken gestoßen wurde (Leihgabe Exzellenz Ludendorff)", "Das Band, mit dem Bismarck Elsaß an Deutschland geknüpft hat", "Der Sattel, in dem Herr Ebert jetzt fest sitzt (von ihm selbst)". Solche Ausstellungstücke erschienen 71. Mierendorff war neben seiner vielseitigen politischen und künstlerischen Schriftstellerei nacheinander Sekretär der Transportarbeiter, Redakteur des "Hessischer Volksfreund", Presseschef des hessischen Innenministers Wilhelm Leuschner. Er sprach auf ungezählten politischen Versammlungen, diskutierte viele Nächte hindurch, wurde 1930 Mitglied des Deutschen Reichstages und war alles in allem nur 10 Jahre politisch in organisierter Arbeit tätig. Als Hitler kam, ging er in die Schweiz, aber er kam wenige Wochen danach zurück, "weil ich hierher gehöre".

Wahrhaftig, wie Carl Zuckmayer, der Freund der besten Jahre, ihn 1944 in seiner Gedenkrede in New York schilderte, so war Carlo Mierendorff.

* "Er war ein Sozialist aus Überzeugung und Weltverbundenheit, *
* ein Deutscher aus Erbschaft, Naturcell und Charakter. Seine *
* entscheidenden Eigenschaften, die ihn gleich fest und stark *
* gemacht haben im Tun und im Erleiden, waren einfacher und *
* markhafter Art: Mut, Offenheit, Treue, Mut, Treue und Ehr- *
* lichkeit, innere Zucht und freie, leitere Welterschlossen- *
* heit, im Herzen gläubig, im Geiste heil und wach, diese *
* Eigenschaften durften wir einmal mit Recht deutsche Tugenden *
* nennen, sie waren die Ideale, die Lebens- und Bildungs- *
* ziele eines Deutschlands, von dem wir alle herkommen, des- *
* sen helle und dunkle Erbschaften wir überall mit uns tra- *
* gen, und das sich nicht teilen oder zerlegen läßt in ein sol- *
* ches und ein anderes, ein schwarzes und ein weißes, ein gu- *
* tes und ein böses Deutschland." *

"Brot für die Welt"

Von Bruno Kuster, Genf

In den Tagen, da in der Bundesrepublik die Evangelische Kirche zur fünften Spendenaktion "Brot für die Welt" aufruft, dürfte es von Interesse sein, zu wissen, daß die an sich feststellbare Produktionszunahme der Nahrungsmittelerzeugung in der Welt nicht mehr mit dem Bevölkerungszuwachs Schritt hält. Der jüngste UNO-Bericht über die Lage der Ernährung und der Landwirtschaft betont, daß die Fortschritte der Produktion in jenen Weltgegenden am bescheidensten sind, wo die Bevölkerung am raschesten zunimmt und schon bisher nicht ausreichend ernährt werden konnte. Wenn trotzdem die Versorgung dieser Gebiete im letzten Jahr im allgemeinen keine Verschlechterung erfahren hat, so nur deshalb, weil sie ihre eigene Nahrungsmittelausfuhr einschränkten und die Einfuhr auf Kosten anderer lebenswichtiger Importe steigerten.

Unter dem Vorkriegsstand

Von den wenig entwickelten Gebieten ist es offenbar einzig dem Mittleren Osten gelungen, seine Nahrungsmittelproduktion seit einigen Jahren über den Vorkriegsstand zu halten. Afrika, wo dieses Niveau rasch wieder erreicht worden war, erlitt in der Folge bedeutende Rückschläge und hat den Vorkriegsstand nun wenigstens annähernd wieder erreicht. Der Ferne Osten - dieses am dichtesten bevölkerte Gebiet der Erde - holte nur im Jahre 1960/61 vorübergehend auf und ist seither wieder unter das Vorkriegsniveau gesunken. Lateinamerika, wo die Bevölkerung ebenfalls außerordentlich rasch zunimmt, erreichte den Vorkriegsstand 1958/59, aber seither ist die Nahrungsmittelproduktion rückläufig.

In der ganzen Welt liegt heute die Nahrungsmittelproduktion je Erdbewohner um elf bis fünfzehn Prozent über dem Vorkriegsniveau. Dieser Fortschritt entfällt aber zur Hauptsache auf Europa und Nordamerika, wo die Ernährungslage schon vor dem Kriege unvergleichbar besser war als - von einigen Ausnahmen abgesehen - in den übrigen Weltgegenden. Die Kluft zwischen Ländern mit genügender oder gar überreichlicher Versorgung und jener mit einem chronischen Defizit wird folglich ständig breiter.

Maßstab der Rückständigkeit

Ohne andere Faktoren, welche die landwirtschaftliche Produktion entscheidend beeinflussen, mißachten zu wollen, ist es recht ausschlüssig, die Verwendung künstlicher Düngemittel, die um die Mitte des letzten Jahrhunderts aufkamen, zu beobachten. In den fünfzehn Jahren von 1946 bis 1960 nahm ihre Verwendung um 280 Prozent zu, während die Ackerfläche nur um 20 Prozent ausgedehnt wurde. Doch diese gewaltige Steigerung entfällt fast ausschließlich auf Nordamerika, Europa, Japan und Ozeanien, die mit 27 Prozent der Weltbevölkerung drei Viertel aller künstlicher Düngemittel verbrauchen. Der Aufwand an Düngemitteln je Hektar gibt noch ein deutlicheres Bild: entfallen in Europa 84 Kilogramm auf einen Hektar Ackerland, sind es in Ozeanien und Nordamerika 33 kg, im Fernen Osten 12, in der Sowjetunion zehn, im Mittleren Osten 4,7 und in Afrika 2,4.

Wörtlich genügt es nicht, sich allein auf die Düngemittel zu verlassen. Aber ohne geht es auch nicht! Sind andere wichtige Voraussetzungen erfüllt, könnte nach Ansicht der Fachleute durch vermehrte Verwendung künstlicher Düngemittel die Nahrungsmittelproduktion in der Welt verdrei- oder gar vervierfacht werden.

Zeitungsrevolution in Dänemark

Umschichtungsprozeß in Richtung Konzentration

sp - Seit einem Jahr befindet sich die gesamte dänische Presse in einem starken Umschichtungsprozeß. Die kleinen Zeitungen werden stillgelegt; die großen bauen ihre Auflagen durch Qualitätssteigerungen aus. Die sozialdemokratische Presse, die bisher 10,3 Prozent der Gesamtauflage Dänemarks stellte, hat sich betriebl. zur Rationalisierung und Konzentration entschlossen. Bei ihr sind bereits die ersten Erfolge in Form einer Auflage-Steigerung von rund 20 Prozent eingetreten. Einen wesentlichen Anstoß dafür gab übrigens die Schließung der Gewerkschaft, die 200 000 Kronen für die sozialdemokratische Presse mit der Auflage bereitstellte, sie möge sich zur Konzentration entschließen.

Die Planungen gehen davon aus, daß über ganz Dänemark künftig drei starke sozialdemokratische Zeitungen verbreitet werden. Die große Zentralredaktion stellt schon jetzt das Regierungsorgan "Aktuellet" in Kopenhagen. Das eine Blatt wird die Insel Seeland mit der Hauptstadt Kopenhagen beliefern; die zweite Zeitung ist für die Insel Fünen und die umliegenden Ostseeinseln gedacht. Das dritte Organ soll die Leser der gesamten Halbinsel Jütland bedienen.

Schon jetzt wird das Regierungsorgan "Aktuellet" zugleich in Kopenhagen und in Vejle gedruckt. Die Matern der politischen Seiten werden nachts von Kopenhagen nach Vejle, Jütland geflogen, wo die Zeitungen dann um fünf Uhr morgens ausgeliefert werden. Vier kleinere Blätter in Jütland, die der Sozialdemokratischen Partei angehörten, haben ihr Erscheinen eingestellt. Allein durch diesen Konzentrationsvorgang hat sich die Auflage von "Aktuellet" auf über 100 000 erhöht, was für dänische Verhältnisse - 4,5 Millionen Einwohner - eine sehr hohe Auflage bedeutet.

Für die Insel Fünen und die kleinen umliegenden Inseln erscheint jetzt in Odensee gleichfalls "Aktuellet"; auch hier kommen die politischen Seiten nachts aus Kopenhagen. Auf Fünen ist man dabei, im ganzen sieben kleine Provinzblätter stillzuliegen. Nach dem Abschluß der dortigen Konzentration dürfte sich die Auflage von "Aktuellet" noch einmal um 20 000 bis 30 000 Exemplare erhöhen.

Durch diese Konzentration der sozialdemokratischen Presse in Dänemark ist "Aktuellet" nunmehr in die Spitzengruppe der dänischen Zeitungen überhaupt vorgeedrungen. Selbst das Boulevard-Blatt "BT" - etwa mit der "Hamburger Morgenpost" oder "Bild" vergleichbar - liegt in Dänemark nur bei 165 000 täglich. "Aktuellet" kann somit jetzt mit "Berlingske Tidende" und "Politiken" konkurrieren. Während man in Dänemark 1938 noch 25 selbständige Zeitungen mit eigenen Redaktionen zählte, ist die Gesamtzahl inzwischen auf unter 70 gesunken. Dabei haben sich in Dänemark die Betriebsausgaben der Zeitungen seit 1938 um das sechs- bis siebenfache gesteigert, wobei die Seitenzahl um rund dreißig Prozent vermehrt wurde. Demgegenüber aber zogen die Anzeigenpreise nur um das Drei- bis Vierfache an.